

Univ.-Prof. Dr. Martin Kocher
Bundesminister

Stubenring 1, 1010 Wien

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Mag. Wolfgang Sobotka
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2023-0.754.587

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)16627/J-NR/2023

Wien, am 18. Dezember 2023

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Peter Wurm und weitere haben am 18.10.2023 unter der **Nr. 16627/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend **Aus für WAMS-Läden** gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zur Frage 1

- *Warum wurden die Fördermittel für den WAMS-Laden in Hall in Tirol gestrichen, obwohl dieser seit 20 Jahren eine wichtige und beliebte Einrichtung in der Gemeinde ist?*

Das AMS Tirol wird das ursprünglich vorgesehene Budget um ca. € 30.000,00 erhöhen. Das Land Tirol, die Stadt Innsbruck und die Stadt Hall übernehmen die Bedeckung der restlichen offenen Beträge für die Fortführung der Teilbetriebe "Fahrradwerkstätte Conrad" und "Laden Hall" im Jahr 2024. Es wird damit zu keiner Schließung der Teilbetriebe kommen.

Zur Frage 2

- *Welche konkreten Maßnahmen planen Sie als Arbeits- und Wirtschaftsminister, um sicherzustellen, dass wichtige soziale Einrichtungen wie der WAMS-Laden in Hall in*

Tirol auch weiterhin unterstützt werden und nicht aufgrund von fehlenden Fördermitteln schließen müssen?

Es ist unbestritten, dass soziale Unternehmen für Personen mit schwerwiegenden Vermittlungseinschränkungen oftmals eine wichtige Transitfunktion für deren (Wieder-) Eingliederung in den Arbeitsmarkt haben und darüber hinaus insbesondere auch im Bereich der Kreislaufwirtschaft einen wertvollen Beitrag zum Gemeinwohl und zur Zukunft unseres Landes leisten. Von Seiten des Bundesministeriums für Arbeit und Wirtschaft (BMAW) wurde daher in den pandemiebedingten Krisenjahren im Zuge der Corona-Joboffensive und des Programms Sprungbrett der Ausbau dieses Instruments forciert. Dank dieser Bemühungen ist es gelungen, die Zahl der in Beschäftigungsprojekten geförderten Personen im Jahr 2022 auf rund 28.000 zu erhöhen. Im Vergleich zum letzten Vor-Corona-Jahr 2019 bedeutet das eine Steigerung um fast 50%.

Das ist auch einer der Gründe, weshalb der Bestand an Langzeitbeschäftigungslosen mit einer Nettoarbeitslosigkeit von mehr als einem Jahr gegenüber dem Höchststand von rund 148.000 im April 2021 auf rund 72.000 im Oktober 2023 mehr als halbiert werden konnte. Massive Veränderungen dieser Art erfordern eine laufende Evaluierung und Weiterentwicklung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen; so geht es im Bereich der sozialen Unternehmen unter den Bedingungen der aktuellen Arbeitsmarktentwicklungen unter anderem verstärkt auch um die erhöhten Bedarfe von mitunter sehr erwerbsfernen, mehrfach benachteiligten Zielgruppenpersonen.

Aus arbeitsmarktpolitischer Sicht besteht also die große Herausforderung darin, die begrenzt zur Verfügung stehenden Mittel im Sinne des Gesetzgebers sowie im Interesse der Versichertengemeinschaft möglichst effizient und treffsicher zur bestmöglichen Bewältigung der sich ständig verändernden Probleme für eine nachhaltig wirksame Zusammenführung von Arbeitskräfteangebot und -nachfrage ein- und umzusetzen. Unter der Voraussetzung der Fokussierung auf diese politisch, gesetzlich und budgetär vorgegebene Kernaufgabe werden soziale Unternehmen aber jedenfalls weiterhin ein integrierter und geschätzter Bestandteil der österreichischen Arbeitsmarktpolitik bleiben. In diesem Sinne ist es im Fall von WAMS auch gelungen, eine Weiterführung des Projekts sicherzustellen.

Zur Frage 3

- *Können Sie erklären, warum die Bundesregierung die Gemeinden nicht finanziell unterstützt, anstatt von ihnen zu verlangen, die fehlenden Förderungen auszugleichen?*

Im Rahmen gesetzlich vorgegebener Kompetenzen des BMAW und des AMS kann jede Art der Mittelverwendung in diesem Bereich ausschließlich auf Grundlage arbeitsmarktpolitischer Kriterien erfolgen, und auch der Erfolg von sozialen Unternehmen kann nur an der Unterstützungsfunktion für die Erwerbsintegration entsprechender Zielgruppenpersonen gemessen werden.

Die überaus beachtenswerten darüber hinaus gehenden Leistungen, die soziale Unternehmen erbringen, fallen damit zwangsläufig vorrangig in den Verantwortungsbereich anderer Politikbereiche. Ein wesentlicher Faktor für die Stabilität und weitere Entwicklung dieser Projektangebote ist die Bereitstellung ausreichender Drittmittel von relevanten Stakeholdern, die damit etwa auf kommunaler Ebene oder im Hinblick auf die ökologische Transformation Dienstleistungen von öffentlichem Interesse gewährleisten können.

Zur Frage 4

- *Ist es nicht Aufgabe der Bundesregierung, solche sozialen Projekte zu fördern und zu erhalten?*

Die Ermöglichung eines massiven Ausbaus von projektorientierten Beschäftigungsförderungen in den vergangenen Krisenjahren zeigt, wie ernst die Bundesregierung ihre Verantwortung für diesen Bereich über das aus der Bundesverwaltung ausgegliederte Arbeitsmarktservice nimmt. Im Sinn eines geregelten Staatswesens und einer rational organisierten Verwaltungsökonomie ist es aber auch sinnvoll, differenzierte Zuständigkeiten für die Abdeckung gemeinwohlorientierter Bedarfe zu definieren und diese Aufgaben in einer bestmöglichen arbeitsteiligen Form zu erfüllen. In Bezug auf die Finanzierung und Durchführung von sozialen Unternehmen heißt das, dass eine öffentliche Finanzierung von über ihre arbeitsmarktpolitische Funktion hinausgehenden Leistungen durch dafür zuständige Gebietskörperschaften und Einrichtungen zweckmäßig und oft auch notwendig ist. Eine zusätzlich existenzsichernde Rolle spielt in diesem Bereich natürlich auch das Ausmaß der möglichen Eigenerwirtschaftung.

Zur Frage 5

- *Inwiefern berücksichtigen Sie die sozialen Auswirkungen Ihrer Entscheidungen, insbesondere wenn beliebte und langjährige Einrichtungen wie der WAMS-Laden schließen müssen?*

Wie bereits zu Frage 1 ausgeführt, konnte die Schließung der WAMS-Läden verhindert werden. Natürlich werden von dem für die Umsetzung konkreter Fördermaßnahmen zu-

ständigen AMS nach Möglichkeit auch soziale Auswirkungen arbeitsmarktpolitisch notwendiger Weiterentwicklungen berücksichtigt.

Zur Frage 6

- *Welche Maßnahmen werden angestellt, um solche Auswirkungen zu minimieren?*

Ein wesentlicher Teil der österreichischen Arbeitsmarktpolitik beruht auf mittel- bis längerfristigen Auftrags- und Kooperationsbeziehungen mit erfahrenen und auf hohem Professionalitätsniveau agierenden Maßnahmen- und Projektträgern. Das AMS bemüht sich darum, seinen Partnern laufend auftretende Anpassungsnotwendigkeiten auf veränderte Arbeitsmarkt- und Rahmenbedingungen möglichst frühzeitig und transparent zu kommunizieren. Im Fall von unvermeidbaren Einsparungserfordernissen und Maßnahmenbeendigungen ist man dabei auch stets um möglichst sozial verträgliche Lösungen bemüht.

Zu den Fragen 7 bis 9

- *Welche Strategien werden von Ihnen verfolgt, um sicherzustellen, dass Second-Hand-Läden und ähnliche soziale Unternehmen weiterhin eine Rolle in der Gesellschaft spielen können?*
- *Gibt es Pläne, um diese Art von Einrichtungen aktiv zu fördern, anstatt sie finanziell auszuhungern?*
- *Welche langfristigen Maßnahmen sind geplant, um sicherzustellen, dass die finanzielle Unterstützung für soziale Projekte wie den WAMS-Laden in Hall in Tirol nachhaltig und zuverlässig ist, ohne von kurzfristigen Budgetkürzungen bedroht zu sein?*

Aus arbeitsmarktpolitischer Sicht wird es im Bereich der sozialen Unternehmen jedenfalls darum gehen, das Integrationsangebot in Richtung der veränderten Zielgruppenstruktur und Arbeitsmarktsituation weiterzuentwickeln. Bei Vorliegen komplexer Ausgangsschwierigkeiten hat sich unter anderem die Möglichkeit niedrighschwelliger Eingangsphasen in Kombination mit bedarfsorientiert abstimmbaren Integrationsstufen bzw. mehrgliedrigen Förderketten bewährt.

Auch in Tirol befinden sich die sozialökonomischen Betriebe aktuell in einer Umbruchphase. Dort startet das AMS daher das Forschungsprojekt "Teilhabechancen", bei dem es um die Schwerpunkte Weiterentwicklung von niederschwelligen Beschäftigungsformen, Beratung und Begleitung vor und während geförderter Beschäftigung und Modulsysteme zur Arbeitsmarktintegration geht. Infolge eines stärker gesundheitlich eingeschränkten Zielgruppenpotenzials finden derzeit auch Abstimmungsgespräche mit den Projektträgern statt, die auf eine entsprechende Anpassung der Transitarbeitsplätze abzielen.

Eine wesentliche Zukunftsfrage für soziale Unternehmen außerhalb ihrer arbeitsmarktpolitischen Kernfunktion ist jene nach ihrer Rolle im Rahmen des politisch angestrebten Prozesses einer umfassenden ökologischen Transformation. Der Anteil der schon jetzt im Bereich der Kreislaufwirtschaft tätigen sozialen Unternehmen beträgt rund 40%. Die zu erfüllenden Aufgaben in Bereichen wie Textilrecycling, Vermeidung von Lebensmittelverschwendung oder Naturschutz werden auf Grund der zu erwartenden politischen Vorgaben in absehbarer Zeit relativ stark zunehmen. Diese Entwicklungen bringen natürlich auch potenzielle Chancen zur Erschließung von neuen Finanzierungsquellen und Synergien für soziale Unternehmen.

Zur Frage 10

- *Wie können die Bürger darauf vertrauen, dass solche Einrichtungen langfristig unterstützt werden?*

Beschäftigungsförderungen dieser Art werden seit Mitte der achtziger Jahre eingesetzt und stellen einen integrierten und unverzichtbaren Bestandteil der österreichischen Arbeitsmarktpolitik dar. Wie oben ausgeführt, unterliegen arbeitsmarktpolitische Förderinstrumente dessen ungeachtet permanenten Anpassungsprozessen, um den sich wandelnden Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsentwicklungen bestmöglich entsprechen zu können.

Das BMAW setzt sich jedenfalls für eine kontinuierliche Fortsetzung bewährter Maßnahmen und Programme zur verbesserten Funktionsfähigkeit des Arbeitsmarkts ein. So ist es in den Verhandlungen mit dem Bundesministerium für Finanzen zuletzt auch gelungen, die budgetären Voraussetzungen für ein etwa gleichbleibendes Aktivitätsniveau des AMS-Förderbudgets im Jahr 2024 zu schaffen. Die berechneten durchschnittlichen Fördermittel pro in Arbeitslosigkeit oder Schulung befindlicher Person konnten für das nächste Jahr sogar auf rund € 4.043,00 (bisher € 3.833,00) erhöht werden.

Univ.-Prof. Dr. Martin Kocher

Elektronisch gefertigt

